

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 50 (1975)
Heft: 5: Sonder-Ausgabe : Pro und Kontra Armee

Artikel: Engagement für Staat und Armee ist untrennbar
Autor: Raeber, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-704094>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Engagement für Staat und Armee ist untrennbar

Zur Motivation der Jugend für die Landesverteidigung

Lt Martin Raeber, Zürich

Das Klage lied über die mangelnde Wehrbereitschaft der jungen Soldaten nützt nichts! Die Jugend hat ein Anrecht darauf, dass man ihr die Frage «Warum denn überhaupt Militärdienst?» beantwortet, sie also motiviert. Dies ist aber nicht vordringliche Aufgabe der militärischen Erzieher, sondern der Eltern, Lehrer aller Stufen, Politiker und der Massenmedien.

In der Armee ist es heute Mode geworden, von der «Motivation» zu sprechen. In Kadernschulen aller Stufen wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Wehrmänner, vorab die Rekruten, zu motivieren. Dabei ist man sich oft allerdings nicht ganz klar darüber, was Motivation überhaupt bedeutet. — Will man diesen so oft gehörten Begriff möglichst klar und kurz definieren, so lässt sich dies in bezug auf die Wehrbereitschaft folgendermassen tun: Motivation heisst die Frage «Warum denn überhaupt?» beantworten. Hier liegt die eine und einzige Motivation. Doch gerade in der praktischen Motivierung der Wehrmänner, besonders in den Rekrutenschulen, wird oft allzu kleinkariert gedacht. Man glaubt, durch einen fröhlich-flotten Dienstbetrieb werde der Rekrut motiviert, oder man greift zur Methode der Belohnung, so dass nicht mehr das Ganze als Ziel und Zweck gilt, sondern zum Beispiel der verlängerte Urlaub. Selbstverständlich kann man auch hier von Motivation sprechen, der Wehrmann ist hochgradig daran interessiert, früher abtreten zu können. Diese Art von Motivation ist aber für eine kriegsgenügende Ausbildung, das Ziel jeglicher militärischen Schulung, höchst fraglich. In der Milizarmee des demokratischen Kleinstaats mit kurzen Ausbildungszeiten müssen hoher Einsatz und Können eine Selbstverständlichkeit sein und bedürfen keiner besonderen Anerkennung.

Es ist an dieser Stelle die grundsätzliche Frage zu stellen, ob der junge Mann im militärdienstpflichtigen Alter überhaupt noch motiviert werden kann. Was von Eltern, Lehrern und andern einflussreichen Bezugspersonen des Jugendlichen versäumt wurde, lässt sich nicht in 17 Wochen Rekrutenschule nachholen. Der Jugendliche ist mit 20 Jahren bereits geprägt. Auch dürfte er die 17 Wochen RS kaum mit grosser Begeisterung absolvieren. Zudem liegt das Ziel der militärischen Grundausbildung ja in erster Linie im Erlernen des Waffenhandwerks. Es kann somit nicht die Aufgabe der militärischen Führer sein, all das nachzuholen, was die eigentlichen Verantwortlichen während Jahren ausser acht liessen. — Doch wann soll wer wie die Jugend für die Landesverteidigung motivieren?

Kampf der Gleichgültigkeit!

Unserm Staat droht primär nicht Gefahr von etwelchen Gruppen und Grüppchen, die die Systemveränderung, wenn auch oft recht verkläusultiert, auf ihre Banner geschrieben haben. — Diese Bewegungen machen wohl sehr viel Lärm und nur allzu oft finden sie eine Resonanz, die zu ihrer wahren Bedeutung in keinem Verhältnis steht. In der Tat sind es Parasiten am Rande unserer Gesellschaft, permanente Miesmacher, die nichts repräsentieren ausser sich selber. Sie sind wohl bereit, von unserem Rechtsstaat schamlos zu profitieren, scheuen aber nicht davor zurück, ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit lautstark zu diffamieren. Wehe aber, wenn sich der Angegriffene wehrt! Dann gefallen sich die verhinderten Revoluzzer in der Rolle der Märtyrer, die vom ach so bösen Mächtigen brutal erdrückt werden. — Das Weh- und Protestgeschrei findet dann allerdings oft ein derartiges Echo, dem leider häufig durch verantwortungslose Publizität Vorschub geleistet wird, dass der fälschliche Eindruck entsteht, diese Gruppen seien die Repräsentanten der Jugend schlechthin. Die Jugend ist nicht gegen die Landesverteidigung, sondern sie ist gleichgültig und erschreckend mangelhaft orientiert. Diese Gleichgültigkeit ist aber nichts anderes als das Resultat gleichgültiger Erziehung, in der zudem die Akzente zum Teil auf vordergründige Werte gesetzt wurden. Es gilt nicht nur die Jugend, sondern breite Schichten der Bevölkerung aus einer Lethargie aufzurütteln. Werte, die wir heute als selbstverständ-

lich annehmen, sind als das darzustellen, was sie sind: das Resultat jahrhundertelanger Arbeit, um das uns viele beneiden, zu dessen Erhaltung aber nach wie vor immense Anstrengungen notwendig sind. Die Hauptgefahr erwächst unserm Rechtsstaat nicht durch etwelche Möchte-ger-n-Lenins, sondern durch unsere Gleichgültigkeit, durch unser Nicht-orientiert-Sein und nur allzu oft durch einen weitverbreiteten gewollten Zweckoptimismus, der blind für die Gefahren macht, die unserm Rechtsstaat und unserer Freiheit auch heute drohen.

Um aber unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unser freiheitlich-demokratisches Staatswesen zu erhalten, ist die Armee ein Hauptgarant. Doch was nützt ein zahlenmässig starkes Heer, wenn der wahre Wille zur Selbstbehauptung und die Bereitschaft, Anstrengungen auf sich zu nehmen, fehlen sollten?

Motivation — bereits in der Primarschule

Die Frage «Warum denn überhaupt Militärdienst?» darf nicht erst dem 20jährigen beantwortet werden. Diese Aufklärung hat bereits im Schulzimmer zu erfolgen. Lehrer aller Stufen, ob Primar-, Sekundar- oder Mittelschule, und die Eltern sind aufgerufen, hier eine vordringliche Aufgabe wahrzunehmen. An ihnen liegt es, die Motivation zu veranschaulichen, im Interesse der Demokratie, von der wir tagtäglich profitieren.

Gerade hier ist aber der Schlüssel der Motivation: das Wissen darum, dass tagtägliche Selbstverständlichkeiten eben nicht so selbstverständlich sind; dass es sich lohnt, dafür notfalls mit dem höchsten Einsatz, nämlich unserem Leben, einzustehen. *Es gilt also zu veranschaulichen, was wir zu verteidigen haben.*

Besonders in diesem Zusammenhang ist nochmals die Gleichgültigkeit zu erwähnen. Es würde sich bestimmt empfehlen, wenn vorab die Eltern Interesse am Schulunterricht nehmen würden; es sei nur, dass sie sich ab und zu bei ihren Kindern erkundigen, wie beispielsweise der Geschichtsunterricht gestaltet wird. — Es sei betont, dass darunter keineswegs für eine Militarisierung der Schulen plädiert wird; sondern es geht um die frühe Sensibilisierung für die Werte der Demokratie.

Staatsbürgerlicher Unterricht — eine Notwendigkeit

Staatsbürgerlicher Unterricht und Geschichte bilden den eigentlichen Ansatzpunkt zur Motivation für die Wehrbereitschaft in den Schulen, wobei diese Unterrichtssparte ihren Platz nicht erst im letzten Jahr der obligatorischen Schulpflicht finden darf, es ist ihr vorrangige Bedeutung einzuräumen. Wollen wir, dass unsere Demokratie nicht an Gleichgültigkeit zugrunde geht, so ist hier ein Schwergewicht zu legen. *Der Mensch ist nur bereit, für etwas zu kämpfen, das er liebt, doch lieben kann er nur, was er kennt.*

Analysieren wir unsere Demokratie objektiv, so kommen wir zum Schluss, dass wir von einer beträchtlichen Anzahl Rechte profitieren, für deren Erlangung andere Völker auch heute noch ihre Söhne opfern. Man schlage nur Tageszeitungen auf, Meldungen von Unabhängigkeitsbestrebungen und vom Aufbäumen unterjochter Völker gehören zu den immerwiederkehrenden Berichten. Doch will uns heute noch jemand diese Rechte rauben? Ist die Schweiz mit ihrer Neutralität, ihrer traditionellen humanitären Politik, durch die internationalen Organisationen nicht schon genügend geschützt, so dass sich eine Armee erübrigt? Roman Brodmann meint in seinem Buch «Schweiz ohne Waffen», dass eine abgerüstete Schweiz einem Mädchen vergleichbar sei, das nackt auf dem Marktplatz liegt. Niemand würde es wagen, dessen Wehrlosigkeit auszunutzen und vor den Augen aller als hemmungsloser Wüstling zu gelten. Nun, «Vergleiche hinken von Berufs wegen» (E. Kästner), doch wer so denkt, der muss sich den Vorwurf der gemeingefährlichen Simplifizierung gefallen lassen. Die Geschehnisse der letzten 20 Jahre sprechen eine zu deutliche Sprache; Nahost, Vietnam, Ostberlin, Ungarn, CSSR dürfen nicht einfach tote Geschichte werden, quasi als unliebsame Ausrutscher in einer allgemeinen Entspannungspolitik. Nein, hier liegt gerade eine wesentliche Aufgabe des Geschichts-

unterrichts, dass diese Ereignisse niemals vergessen und in der ihnen zukommenden Bedeutung dargestellt werden, nämlich als eine Bedrohung, die sich auch bei uns zur akuten Gefahr steigern kann. Die Enthüllungen des abgesprungenen tschechischen Generalmajors Sejna sind Zeichen genug.

Die Rolle der Volksvertreter

Im demokratischen Staatswesen kommt den Politikern und den einzelnen Parteien eine tragende Verantwortung zu — so auch im Bereiche der Landesverteidigung.

Kann der junge Mann für die Landesverteidigung motiviert werden, wenn Politiker, Exponenten des Volkes, nicht unzweideutig und mutig zur Armee stehen, deren Auftrag in der Verfassung verwurzelt ist? Nur allzu oft beugen sie sich dem Meinungsterror der Kreise, denen die Verteidigungsbereitschaft ein Dorn im Auge ist. Mutige Entscheide wären oft angebracht, wie es etwa die Aargauer Regierung im Fall Froidevaux tat. — Wenn einzelne Politiker sich nur zögernd oder doppelzünftig zur Landesverteidigung bekennen, so ist dies bedauerlich. Wenn aber eine Partei, die dazu noch Bundesratspartei ist, unsere Armee mit ihren Führern diffamiert, ja ihr sogar demokratiegefährdende Absichten unterschiebt, so ist dies nicht nur bedauerlich, sondern zeugt von Verantwortungslosigkeit.

Es wurden die verschiedenen Gruppen und Grüppchen erwähnt, die scheinbar nicht müde werden, gegen Staat und Rechtsordnung zu agitieren. Deren Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, doch droht von dieser Seite den rechtsstaatlichen Grundsätzen keine beängstigende Gefahr. Anders verhält es sich jedoch, wenn sich eine etablierte Partei auf die Seite der Systemveränderer schlägt, denn der Ruch der Systemveränderung haftet nun mal dem sozialdemokratischen Armee-Reformpapier vom Mai 1974 an. Vor einer Pauschalverurteilung der SP sei trotzdem gewarnt, auch diese Partei hat ihr Verantwortungsbewusstsein in der Vergangenheit schon wiederholt unter Beweis gestellt. Es ist jedoch alarmierend, dass sich in der erwähnten Frage eine extremistische Minderheit durchsetzen konnte.

Auch mit reinen Lippenbekenntnissen ist es nicht getan. Sollte der Wehrmann für die Landesverteidigung hochgradig motiviert sein, sein Wille wird durch das Gefühl, wehrlos einer gegnerischen Übermacht ausgeliefert zu sein, gelähmt. Das Volk spürt, dass die Armee teilweise mangelhaft gerüstet ist und stellt sich nicht zuletzt aus diesem Grunde negativ gegen sie ein, was dann in ungenügenden Militärkrediten seinen verhängnisvollen Niederschlag findet. Dadurch wird die Armee gehindert, ihre Unzulänglichkeiten zu beheben. Wollen die Volksvertreter den verfassungsmässigen Auftrag ermöglichen, dass die Armee unsern Staat schützen kann und dass dieses Ohnmachtsgefühl der Unzulänglichkeit ausgelöscht wird, so liegt es an ihnen, die Mittel zuzubilligen, die für ein schlagkräftiges Heer notwendig sind. Wie aktuell dieses Problem gerade heute ist, braucht wohl kaum näher erläutert zu werden. Allerdings sollten sich die Politiker ihrer ganz besonderen Verantwortung bewusst werden. Einsparungen, die heute auf Kosten der dringendsten Rüstungsbedürfnisse erfolgen, werden vielleicht schon morgen mit Blut zu bezahlen sein. Wer wird sich dann noch dazu bekennen, seinerzeit für eine Reduktion der Militärausgaben eingetreten zu sein? Wer wird die Verantwortung übernehmen?

Mitschuldig an den gegenwärtigen Mängeln ist aber auch das Militärdepartement. Die Scheu in den vergangenen Jahren, auf die notwendigen Verbesserungen von Teilen unserer Rüstung

mit dem gebotenen Nachdruck hinzuweisen, hat nun ihre Folgen. Nur allzu oft wurden die Forderungen nach dem Motto «was schluckt das Parlament» anstatt «was brauchen wir tatsächlich» gestellt.

Grosse Verantwortung bei der Presse

Der Presse kommt im demokratischen Staatswesen eine eminente Bedeutung zu. Eine Diktatur erkennt man nicht zuletzt daran, indem sie die Presse unterdrückt. Die Freiheit, die die Massenmedien hier geniessen, darf als beispielhaft gelten. Somit sollten gerade sie daran interessiert sein, dass diese Freiheiten geschützt werden können — notfalls mit der Waffe. Doch leider wird diese Verantwortung gerade von einzelnen Massenblättern nicht immer wahrgenommen, obwohl ja gerade sie kraft ihrer Verbreitung einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung des Wehrwillens leisten könnten. Die Medien sind dazu prädestiniert, die von gewissen Kreisen praktizierte Publizitätstaktik der Verschleierung, der Lüge und der Übertreibung zu durchschauen und diesem Treiben entgegenzuwirken. Eine verantwortungsbewusste Presse kann Wesentliches zur Motivation für die Landesverteidigung beitragen; im demokratischen Staat dadurch, indem sie sich nicht nur als Informationsquelle versteht, sondern auch als Verfechter der Wahrheit.

Und die militärischen Führer?

Es herrscht oft das weitverbreitete Missverständnis, Motivation bedeute für den militärischen Führer, jedem jedesmal jeden Befehl zu erklären. Dies führt nicht nur zu einem unrationellen Dienstbetrieb, sondern untergräbt letztlich auch das Prinzip Befehl - Gehorsam.

Eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür, dass der Bürger für die Landesverteidigung motiviert werden kann, ist deren Kriegsgenügen. Dies wird jedoch nicht nur durch entsprechendes Material erreicht, die Führung der Armee ist ebenso wichtig. Sobald aber diese Führung verunsichert ist, sich Inkonsequenzen gestattet, Furcht hat, sich zu exponieren, so sinkt der Kampfwert der Armee und somit auch die Bereitschaft des Soldaten, sich in ihr zu engagieren. So müssen rückblickend Auswirkungen der «Oswald-Reformen» als unglücklich bezeichnet werden. Breite Verunsicherung, Inkonsequenz und Nachlässigkeit waren die Folgen. Doch wie wichtig gerade auch das Beharren auf der militärischen Hierarchie und das Durchsetzen der formalen Disziplin ist, zeigt uns der kürzlich veröffentlichte Bericht der Agranat-Kommission in Israel. Es wird dort festgehalten, dass nicht zuletzt die undisziplinierten und formlosen Erscheinungen mitunter ein Grund für das anfängliche Debakel im letzten Krieg waren.

Es mag als Widerspruch erscheinen, dass Härte, Hierarchie und Disziplin motivationsfördernd sein sollen. Denkt man aber die ganze Problematik konsequent durch, so wird man die Zusammenhänge erkennen.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Motivation für den Militärdienst mit der Motivation für die Erhaltung unserer Demokratie und Unabhängigkeit gleichbedeutend ist. — Der militärische Führer und Erzieher kann hier jedoch nur noch ergänzend wirken. Es liegt vordringlich an den Eltern, Lehrern aller Stufen, an den Politikern und Journalisten im Interesse unseres freiheitlich-demokratischen Staatswesens eine besondere Verantwortung wahrzunehmen.

Von dieser Sonderausgabe können Sie weitere Hefte nachbestellen. — Schreiben oder telefonieren Sie an den Zeitschriftenverlag Stäfa, 8712 Stäfa, Tel. 01 928 11 01.